

# Stadtverwaltung soll Millionen einsparen

**Fellbach** CDU und FW/FD wollen Steuererhöhung im Gegenzug zu Investitionsbremse zustimmen.

Die zwei großen Fraktion des Gemeinderats haben sich auf ein „Paket zum Erhalt solider Stadtfinanzen in Fellbach“ verständigt. Dies teilten die Fraktionsvorsitzenden Ulrich Lenk (FW/FD) und Hans-Ulrich Spieth (CDU), am Wochenende in einem Brief an Oberbürgermeister Christoph Palm mit. Am Dienstag wird der Gemeinderat über den Etat für 2015 und die mittelfristige Finanzplanung abstimmen. Im Stadtparlament verfügen CDU (10 Sitze) und FW/FD (8 Sitze) zusammen über eine klare Mehrheit.

Das Paket beinhaltet auch die Zustimmung zu Steuererhöhungen. Erstmals nach acht Jahren sollen die Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer – bisher 355 vom Hundert – angehoben werden, und zwar zum 1. Januar 2015 um jeweils zehn Prozentpunkte, zum 1. Januar 2016 um weitere fünf Prozentpunkte. Macht zusammen eine Erhöhung der Steuersätze um 4,2 Prozent. Zur Voraussetzung forderten die beiden Fraktionen aber „deutliche Sparmaßnahmen“, insbesondere eine Streckung der Investitionen, die Einführung von Standardrichtwerten bei städtischen Bauvorhaben, regelmäßige Prüfung von Gebühren, eine Kürzung im Verwaltungshaushalt von 1 Million Euro als Selbstverpflichtung der Stadtverwaltung, eine Kürzung für das Projekt „Natur-Kunst-Räume Weidachtal“ um 300 000 Euro, weniger Ausgaben für Projekte für die Interkommunale Gartenschau 2019 und für die Umgestaltung der nördlichen Friedrich-List-Straße, eine Verschiebung des Umbaus der Ringstraße um mindestens zwei Jahre und Verzicht auf den Bau der geplanten Kaltfluthalle und stattdessen Bau eines für verschiedene Ballsportarten nutzbaren Spielfelds beim Max-Graser-Stadion. Für den weiteren Ausbau der Fahrradstraße soll ein Planungs- und Investitionsstopp verfügt werden.

Mit diesem Paket verfolgen die beiden Fraktionen das Ziel, „dass unsere Stadtfinanzen auch zukünftig solide bleiben, wir die Verschuldung so gering wie möglich halten und wir uns trotzdem unsere kommunalpolitischen Handlungsspielräume für wichtige Zukunftsaufgaben wie Bildung, Familienförderung und Klimaschutz bewahren“, heißt es in dem Brief. *bri*